



Sowohl das »Dritte Reich« als auch die Bundesrepublik bedienten sich immer wieder der Russophobie und erzielten fatale Wirkungen. Gedanken anlässlich des 75. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die UdSSR. Von Manfred Weißbecker

Dienstbrandstifter

Die Berliner Polizei ertappt einen ihrer V-Männer beim Anzünden von Kleinwagen. Von Peter Schaber

4

Riesenpleite

Das einzige börsennotierte Agrarunternehmen der Bundesrepublik kann keine Zinsen mehr zahlen

5

Endlosabzug

Obama wirft erneut ein Versprechen für militärischen Rückzug aus Afghanistan über den Haufen

7

Bankenkrise

Rom will Kreditmarkt mit Steuermitteln stützen, Berlin sagt nein. Von Simon Zeise

9



Moskau bleibt NATO-Ziel

Merkel schwört Militärpakt auf Konfrontation ein. Brief ehemaliger US-Nachrichtendienstler warnt vor Katastrophe. Von Sebastian Carlens

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sieht Russland weiter als Quell alles Bösen. Zum Glück ist gerade Aufrüstung angesagt. Die bekommt so eine hübsche Begründung

Aufschlag für Deutschland: Vor dem heute in der polnischen Hauptstadt Warschau beginnenden NATO-Gipfel hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihren Konfrontationskurs bestätigt. In einer Regierungserklärung fasste sie zusammen: Der Russe ist an allem schuld. Trotzdem will man nicht sämtliche Geschäftsbeziehungen aufgeben.

Die Russische Föderation muss insbesondere für deutsche Aufrüstungsbestrebungen herhalten: Das Land habe mit seinem Vorgehen in der Ukraine »Vertrauen zerstört«, befand Merkel am Donnerstag. Die osteuropäischen NATO-Staaten »bedürfen daher der eindeutigen Rückversicherung durch die Allianz«. Dies, so Merkel, sei der Grund für die Stationierung sogenannter rotierender Einheiten von je 1.000 Soldaten im Baltikum. Deutschland übernimmt dabei die Führung in Litauen. 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs stehen erstmals wieder Soldaten unter deut-

schem Kommando auf dem Territorium einer ehemaligen Sowjetrepublik.

Die als »rotierend« bezeichnete Stationierung ist der halbherzige Versuch, die Aggression als vertragskonform mit der NATO-Russland-Grundakte von 1997 erscheinen zu lassen. Darin findet sich das explizite Verbot einer »dauerhaften« Stationierung von »substantiellen Kampftruppen« in den neuen NATO-Staaten in Osteuropa. Das ins Visier genommene Ziel des Paktes bleibt allerdings das alte: Moskau. Geredet werden soll jedoch auch weiterhin: »Das klare Bekenntnis zur Solidarität unter Bündnispartnern gemäß Artikel fünf des Bündnisvertrages und die ausgestreckte Hand zum Dialog – das sind keine Gegensätze«, so Merkel.

Bereits im September 2014 hatte sich eine Gruppe früherer US-amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter in einem offenen Brief an die deutsche Regierung gewandt (jW berichtete). Sie warnten nach dem Putsch in der Ukraine vor einer

Eskalation; vor dem NATO-Gipfel melden sie sich nun erneut zu Wort.

»Die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Zusammenstoßes – versehentlich oder intendiert – ist stark gestiegen; um so mehr, seit Präsident Obamas Einfluss auf die führenden Generäle der USA und der NATO, von denen manche Cowboy spielen wollen, schwächelt«, schrieben die US-Amerikaner am Mittwoch an Merkel. »Es gibt nicht den Hauch eines Beweises, dass Russland irgendwelche Pläne für eine Annexion der Krim hatte, bevor es zum Staatsstreich in Kiew und dem Gerede der Putschisten über einen NATO-Beitritt der Ukraine kam«, heißt es im offenen Brief. »Solange die oberste NATO-Führung unwillig oder unfähig ist, zwischen Ursache und Wirkung zu unterscheiden, ist steigende Spannung mit potentiell desaströsen Auswirkungen unvermeidlich – all das ist unnötig und vermeidbar.« Von der BRD, die jede Verschlechterung der Beziehungen nach Osten unmit-

telbar ökonomisch und politisch zu spüren bekommt, erhoffen sie sich einen Entspannungskurs. Merkels Regierungserklärung lässt sich allerdings auch als Antwort auf diesen Brief lesen – als eine eindeutige Absage an die Normalisierung der Russland-Politik.

Die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Sahra Wagenknecht, erinnerte am Donnerstag im Bundestag daran, dass die NATO 13mal mehr für Rüstung ausgibt als Russland. Auch diese Summe wird weiter steigen. Erst Ende Juni hatte Merkel angekündigt, zukünftig wegen »Bedrohungen von außen« 3,4 statt der bisherigen 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Waffen und Soldaten auszugeben. Die Warnung der amerikanischen Nachrichtendienstler sollte ernst genommen werden; sie wissen, wovon sie reden: Was einmal da ist, wird auch, ob »intendiert oder versehentlich«, verwendet werden – irgendwann.

■ Siehe Seiten 2, 3 und 8

Rassistischer Mord in Italien



Rom. Ein Flüchtling aus Nigeria ist bei einem rassistischen Überfall in Italien auf offener Straße getötet worden. Der 36-jährige sei am Dienstag in der Kleinstadt Paolo Calcinora bei einem Spaziergang mit seiner Freundin von einem Fußballfan angepöbelt und dann brutal auf den Kopf geschlagen worden, berichtete die Nachrichtenagentur Agi. Der Nigerianer sei bewusstlos zu Boden gegangen und am Mittwoch im Krankenhaus gestorben, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben.

Emmanuel Chidi und seine Freundin waren zusammen aus Nigeria geflohen und mit einem Boot über das Mittelmeer nach Italien gekommen. Kurz nach der gefährlichen Überfahrt verlor die junge Frau ihr Baby. Seit acht Monaten lebten die beiden nun in Fermo in den mittellitalienischen Marken, untergebracht waren sie zuletzt in einem Heim der Caritas. (AFP/jW)

Untersuchungsausschuss zum Abgasskandal

Berlin. Zur Aufklärung des Abgasskandals in der Autobranche hat ein Untersuchungsausschuss des Bundestags die Arbeit aufgenommen. In der konstituierenden Sitzung wurde der Verkehrsexperte der Partei Die Linke, Herbert Behrens, am Donnerstag zum Vorsitzenden bestimmt. Er sagte dazu, untersucht werde eine wichtige Frage, die viele Millionen Menschen angehe. Die inhaltliche Arbeit soll im September beginnen.

Dem Gremium gehören vier Abgeordnete der Union, zwei der SPD und je einer von Linken und Grünen an. Der von der Opposition beantragte Ausschuss war mit den Stimmen von Linken und Grünen bei Enthaltung von Union und SPD eingesetzt worden, wie Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte. (dpa/jW)

Chef von Tengelmann drängelt

Konzerneigner Haub setzt »Deadline« für Zusammenschluss seiner Supermarktkette mit Edeka

Der Familienkonzern Tengelmann drängt auf ein rasches Ende des Tauziehens um die Fusion seiner Supermarktkette Kaiser's Tengelmann mit dem Marktführer Edeka. »Es muss zu einer Klärung kommen«, forderte Konzernchef Karl-Erivan Haub am Donnerstag in Mülheim an der Ruhr. »Ende Juli ist eine Deadline, an der ich wissen will, ob es vorangeht.« Indirekt drohte er erneut mit einem Aus für die Märkte, sollte die Fusion nicht bald zustande kommen: Ohne eine Einigung gebe es für

Kaiser's Tengelmann »verschiedene Möglichkeiten, aber keine sympathischen«. Haub zeigte sich optimistisch, dass »die notwendigen Tarifverträge bis Ende des Monats vorliegen können«.

Edeka und Haub hatten die Fusionspläne vor 21 Monaten besiegelt. Doch das Kartellamt legte sein Veto ein. Im März hebelte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel dies aus. Seine formelle Ministererlaubnis verknüpfte er mit Auflagen, pochte unter anderem darauf, dass Edeka mit allen Be-

schäftigten rechtssichere Tarifverträge eingeht, die über fünf Jahre betriebsbedingte Kündigungen ausschließen. Der Marktführer verhandelt seit gut vier Monaten über die Umsetzung. In Nordrhein-Westfalen waren für Anfang Juli vereinbarte Verhandlungstermine zuletzt geplatzt. Die Gewerkschaft ver.di hatte Edeka vorgeworfen, zentrale Auflagen der Ministererlaubnis zu missachten. Nun soll es neue Gespräche geben, hatte ver.di angekündigt.

»Die Menschen wollen endlich Taten sehen, es kann keine unendliche

Geschichte geben«, sagte Haub mit Blick auf die rund 8.000 Beschäftigten bei Kaiser's Tengelmann. Er werde sich in einer außerordentlichen Sitzung des Aufsichtsrats am 13. Juli über den Stand berichten lassen. »Irgendwann ist Schluss«, fügte er hinzu. Die Umsätze seiner Supermärkte schrumpften, auch schreibe die Kette rote Zahlen: »Die Verluste sind bitter.« Haub will dem Lebensmittelgeschäft den Rücken kehren, er setzt auf seine Obi-Baumärkte oder den Textilhändler KiK.

(AFP/jW)

jW wird herausgegeben von
1.862 Genossinnen und Genossen (Stand 4.7.2016)
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901508

»Die NATO rückt an Russlands Grenzen heran«

Militärbündnis trifft sich, um »Abschreckungsfähigkeit« zu besprechen. Friedensbewegung fürchtet Eskalation.
Gespräch mit Laura von Wimmersperg

Die NATO setzt gegenüber Russland auf ihre »Abschreckungsfähigkeit«. Am Wochenende wird der Rat des Militärbündnisses in Warschau zusammentreten, gesprochen wird dann auch über die »Nuklearstrategie« des Zusammenschlusses. Sehr friedlich klingt das nicht.

Die jetzige Situation ist außerordentlich gefährlich. Ich bin entsetzt darüber, dass sich auch deutsche Fachleute an der Entwicklung der nuklearen Strukturen der NATO beteiligen. Personal der Bundeswehr-Akademie hat verlauten lassen, dass Atomwaffen ja nicht zum Verschrotten hergestellt würden. Die gewollte Abschreckung müsse glaubwürdig sein. Ähnliches ist auch von der Stiftung Wissenschaft und Politik zu hören, welche die Bundesregierung berät. Von dort heißt es, »unsere« Verteidigung müsse auf zwei Säulen beruhen. Zunächst auf der Abschreckung durch konventionelle Waffen, dann auf einer durch atomare Waffen. Diese Strategie richtet sich gegen Russland. Also gegen einen früheren Teil der Sowjetunion, die damals 27 Millionen Menschen durch einen Krieg verlor, den Deutschland begann.

Sie nannten die Situation gefährlich. Kann auf die Abschreckung die Eskalation folgen?

Es ist alles möglich. Am wahrscheinlichsten ist, dass aus Versehen, aus Unachtsamkeit oder durch technisches Versagen, etwas passiert. Wird dann nicht schnell genug reagiert, kommt es zur Eskalation. In den 80er Jahren ist es drei mal zu solchen Situationen gekommen, in denen letztlich nur die Reaktion von Offizieren Schlimmeres verhindert hat. Darin liegt die Gefahr, zumal die NATO ausgesprochen konfrontativ vorgeht. Sie rückt an die Grenzen Russlands heran. Vorgeblich, um mehr Sicherheit zu garantieren. Tatsächlich geht es um ökonomische Vorherrschaft und um Einflußbereiche.

Sie sind bereits seit 1980 in der Friedensbewegung engagiert. Können Sie sich an eine ähnlich bedrohliche Lage wie die jetzige erinnern?

So ein Vergleich ist eine schwierige Sache, weil sehr viele einzelne Faktoren beachtet werden müssen. Heute sind wir weiter als damals, wissen mehr. Spricht man auf der Straße mit den Menschen, dann sind sie sehr besorgt über die Atomwaffen. Gerade für die Älteren gilt das. Unter ihnen

gibt es noch Wissen über die Verheerungen des Krieges.

Und die Jüngeren? Für die Friedensbewegung scheinen sie sich kaum begeistern zu können.

Jüngere Leute gehen anders an die Sache heran. Bei den Protesten gegen den Jugoslawien-Krieg oder gegen den Irak-Krieg – da waren ein Haufen Jugendlicher mit dabei. Sie schwänzten die Schule, organisierten Demonstrationen. Aber es ist leider so, dass ein Teil der Jugend sich gar nicht für das Thema interessiert. Einerseits ist das die Schuld der Medien. Auf verantwortungslose Weise werden die Menschen dumm gehalten. Auf der anderen Seite sind sie, wohl auch durch die Kommunikation über den Rechner, zunehmend vereinzelt.

Hinzu kommt doch, dass viele der NATO-

Entscheidungen den Anschein erwecken, als hätten sie wenig mit dem Leben in der Bundesrepublik zu tun.

Von der NATO geht auch die Forderung aus, dass die Mitgliedsstaaten ihren Rüstungshaushalt hochfahren. Das genau auszurechnen ist kompliziert. Doch in der Bundesrepublik wird er wohl von 35 Milliarden Euro derzeit auf etwa 60 Milliarden Euro erhöht werden, innerhalb von acht Jahren. Dabei haben wir wahrlich andere Probleme in Deutschland, etwa soziale. Doch wir sind zur Zeit nur wenige. Wenn wir nicht mehr werden, dann werden wir nichts erreichen und die Aufrüstung nicht verhindern können.

Kann da der Antikriegsmarkt, den die Friedenskoordination, die Friko, am Samstag in Berlin organisiert, etwas bewegen?

In den vergangenen Jahren war der Markt immer am 1. September, dem Antikriegstag. Doch anlässlich des NATO-Treffens fanden wir es wichtiger, die Menschen jetzt zu informieren. Mehr als 20 Stände werden dort aufgebaut, organisiert von den jeweiligen Friedensgruppen. Von der Friko werden wir u. a. über die anstehende Anschaffung von Drohnen durch die Bundesrepublik informieren. Ein anderes wichtiges Thema wird »Schule ohne Militär« sein. Direkt nach dem Antikriegsmarkt geht unsere Arbeit weiter. Dann werden wir für eine Friedensdemonstration in Berlin werben, die am 8. Oktober stattfinden soll und für die bundesweit mobilisiert wird.

Interview: Isabell Rarisch

■ Antikriegsmarkt: Samstag, 9. Juli, 13 bis 17 Uhr, Gedächtniskirche, Breitscheidplatz, Berlin



Laura von Wimmersperg engagiert sich seit mehr als 30 Jahren in der Friedensbewegung und der Berliner Friedenskoordination (Friko)



Entsetzen über die Polizeibrutalität in der Nacht zum Donnerstag in Falcon Heights

Mörder in Uniform

USA: Polizisten erschießen innerhalb von zwei Tagen zwei Schwarze

In den USA sind binnen 48 Stunden zwei Schwarze von der Polizei erschossen worden. Am späten Mittwochabend (Ortszeit) starb in Falcon Heights (US-Bundesstaat Minnesota) ein 32-jähriger, nachdem ein Polizist bei einer Fahrzeugkontrolle mehrfach auf ihn geschossen hatte, wie die Zeitung *Minneapolis Star Tribune* und andere Medien berichteten. Die Polizei bestätigte den Vorfall.

Die Freundin des Opfers, Lavish Reynolds, hatte die letzten Minuten ihres Lebensgefährten mit ihrem Handy aufgezeichnet und offenbar live auf Facebook übertragen. Die Aufnahmen zeigen einen blutüberströmten Mann auf dem Fahrersitz und einen Polizisten, der mit gezückter Waffe vor dem Fenster steht. Die Frau berichtet im Video, dass sie wegen eines defekten Rücklichts angehalten worden seien. Die Polizei habe »ohne ersichtlichen Grund« mehrere Schüsse auf den Arm ihres Freundes abgegeben, noch bevor er seine Fahrzeugpapiere habe zeigen können. Ihr Freund habe dem Poli-

zisten zuvor mitgeteilt, dass er auch eine Pistole dabei habe, für die er eine Lizenz besitze. »Oh mein Gott, bitte sagt nicht, dass er tot ist, bitte sagt nicht, dass mein Freund gerade einfach so gegangen ist (...) Sie haben gerade vier Kugeln auf ihn abgefeuert, Sir«, ist Reynolds zu hören, wie sie den Polizeischützen anspricht. Später musste sie auf Anweisung der Polizei selbst das Auto verlassen – da wusste sie nach eigenen Angaben noch nicht, ob ihr Lebensgefährte »okay oder nicht okay« sei. Der 32-jährige Philando Castile starb laut *Star Tribune* kurz nach der Ankunft im Krankenhaus. Hinten im Wagen saß zudem Reynolds kleine Tochter. Gegen Ende der Aufnahme ist die Vierjährige zu hören, wie sie versucht, ihre vollkommen verstörte Mutter zu trösten. »Alles ist gut, Mama«, sagt das kleine Mädchen. »Alles ist gut, ich bin bei dir.«

Tödliche Schüsse weißer Beamter auf einen Schwarzen hatten erst am Vortag landesweit Empörung ausgelöst. In Baton Rouge in Louisiana

hatten zwei Polizisten den 37-jährigen Alton Sterling auf einem Parkplatz zu Boden gezwungen und ihn aus nächster Nähe erschossen. Die Einsatzkräfte waren angerückt, nachdem ein Anrufer berichtet hatte, er werde von einem Mann mit einer Waffe bedroht. Unklar war, ob Sterling tatsächlich bewaffnet war. Auch Aufnahmen von diesem Vorfall verbreiteten sich schnell im Internet. Hunderte Menschen gingen spontan gegen die Gewalt der Uniformierten auf die Straße.

Ähnliche Fälle von Polizeigewalt gegen Schwarze hatten in den vergangenen Jahren in den USA wiederholt für Empörung und Aufruhr vor allem in der afroamerikanischen Bevölkerung gesorgt. Die voraussichtliche demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton erklärte in einem offiziellen Statement, etwas laufe »zutiefst falsch, wenn so viele Amerikaner Grund haben zu glauben, dass das Land sie aufgrund ihrer Hautfarbe nicht für ebenso wertvoll hält wie andere«.

(dpa/AFP/JW)

NACHRICHTEN

Wieder Aktivistin in Honduras ermordet

Tegucigalpa. In Honduras ist ein weiteres Mitglied der Indigenen-Organisation Copinh ermordet worden. Lesbia Yaneth Urquia wurde am Mittwoch (Ortszeit) in der Ortschaft Marcala im Norden des zentralamerikanischen Landes tot aufgefunden. Die Hintergründe des Verbrechens sind noch unklar, berichtete der Fernsehsender *Telesur*. Erst Anfang März war eine der bekanntesten Vertreterinnen der Copinh, Berta Cáceres, ermordet worden. (jw)

Vermögen von Argentinien Expräsidentin eingefroren

Buenos Aires. In Argentinien hat Bundesrichter Claudio Bonadio angeordnet, das Vermögen der früheren Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner einzufrieren. Ihr sowie weiteren Angeklagten wird vorgeworfen, dass die Zentralbank im Einvernehmen mit der damaligen Regierung kurz vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl im November Devisen in Milliardenhöhe zu einem

Kurs unter dem Marktwert verkauft habe. Fernández sagte am Mittwoch (Ortszeit) am Bundesgerichtshof in Buenos Aires, sie habe im Gegenzug Bonadio und die Abgeordnete Margarita Stolbizer wegen falscher Beschuldigung angezeigt. Ihre Anhänger gehen von einer politisch motivierten Verfolgung der Expräsidentin aus. (dpa/jw)

Bayerns Verfassungsschutz bekommt mehr Rechte

München. Gegen den Protest der Opposition hat der Bayerische Landtag mit CSU-Mehrheit am Donnerstag ein neues Verfassungsschutzgesetz beschlossen. Damit bekommt die Behörde deutlich mehr Rechte und Befugnisse. Dazu zählen Zugriffsrechte auf Telefonverbindungs- und Internetdaten. Bundesweit ist dies bislang nur Polizei und Ermittlungsbehörden erlaubt, nicht aber einem Inlandsgeheimdienst. Zudem wird mit dem Gesetz der Einsatz krimineller V-Leute ausdrücklich erlaubt.

Die CSU verteidigte das Gesetz als notwendig für den Kampf gegen Terrorismus und Extremismus. SPD und

Grüne warfen CSU und Staatsregierung dagegen vor, weit übers Ziel hinauszuschießen. Die Grünen bezeichneten das Gesetz gar als verfassungswidrig.

(dpa/jw)

GDL will vier Prozent mehr für Lokführer

Düsseldorf. In der zum 1. Oktober anstehenden Tarifrunde bei der Deutschen Bahn fordert die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) vier Prozent mehr Lohn. Zudem seien »spürbare Verbesserungen bei den Arbeitszeitregelungen« wie bessere Schichtrhythmen und langfristig planbare Ruhezeiten nötig, sagte GDL-Chef Claus Weselsky der *Wirtschaftswoche*.

Weselsky warf der Deutschen Bahn vor, ihr in der vergangenen Tarifrunde gegebenes Versprechen, die Arbeitsbelastung zu senken, nicht eingelöst zu haben. »Statt Überstunden durch Neueinstellungen abzubauen, zählt das Management lieber Überstunden aus.« Das sei »Augenwischerei«, sagte Weselsky. Bei der Bahn fehlten immer noch 800 Lokomotivführer. (AFP/JW)

Auf ihrem Gipfel am Freitag und Samstag in Warschau wird die NATO formal beschließen, mit Truppen noch näher an die Grenzen Russlands heranzurücken. Geplant ist, vier national gemischte Bataillone mit je etwa 1.000 Soldaten in Estland, Lettland, Litauen und Polen zu stationieren. Für Estland ist Großbritannien zuständig, für Lettland Kanada, das nach Polen zu entscheidende Bataillon steht unter US-amerikanischer Leitung. Die für Litauen vorgesehene Einheit wird von der Bundeswehr geführt. Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaitė rief die BRD pünktlich zum Gipfelauftritt in der *Bild* dazu auf, »nicht dauernd zurückzublicken und nach historischen Empfindlichkeiten zu suchen«. Anlass für die Aufmunterung zu mehr deutschem »Selbstvertrauen« besteht: Nach einer aktuellen Umfrage im Auftrag von *dpa* lehnen fast zwei Drittel der deutschen Bevölkerung die Eskalationsstrategie der NATO in Osteuropa ab.

Bundeskanzlerin Angela Merkel gab sich am Donnerstag in einer Regierungserklärung im Bundestag als Balten-Versteherin: Die osteuropäischen Verbündeten seien »extrem verstört«. Deshalb müsse die NATO in Polen und den baltischen Staaten mehr »Präsenz zeigen«. Für die Verschärfung der Sicherheitslage sei Russland verantwortlich, weil es das »Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa verletzt« habe. Dass die NATO mit der Zerstörung Jugoslawiens hierfür den Präzedenzfall geliefert hat, erwähnte die Kanzlerin nicht. Während Sahra Wagenknecht von der Linkspartei Verständnis dafür äußerte, dass Russland das Vorgehen der NATO als Kriegsvorbereitung wertet, erklärte der Grüne Anton Hofreiter die NATO-Pläne für angebracht. Lediglich hinsichtlich des geplanten Raketenabwehrprogramms äußerte er Vorbehalte.

Wenig Beachtung in der deutschen Öffentlichkeit findet der Umstand, dass die NATO auf dem Warschauer Gipfel auch eine Verstärkung ihrer Aktivitäten im Schwarzen Meer beschließen will. Mit US-Unterstützung sollen die Türkei, Rumänien und Bulgarien in diesem Meer Russland seine bisherige und durch die Übernahme der Krim noch verstärkte strategische Position streitig machen. Die verein-



Militärgerät bestimmt dieser Tage das Bild der polnischen Hauptstadt Warschau

Einkreisung

Auf ihrem Warschauer Gipfel wird die NATO weitere Verstärkungen ihres Militärs an der russischen Grenze beschließen. **Von Reinhard Lauterbach, Poznan**

ten Flotten der genannten Länder sind schon jetzt zahlenmäßig stärker als die russische Schwarzmeerflotte, allerdings gilt diese als moderner. Russland ist dagegen bei der der Flotte unterstellten Luftwaffe überlegen und verfügt über umfangreiche Raketen- und Artilleriestellungen zur Küstenverteidigung.

Nach offizieller westlicher Darstellung sind die zusätzlichen NATO-Truppen in Osteuropa als »Stolperdrähte« gedacht. Sie sollen Russland signalisieren, dass es im Falle eines Angriffs auf einen der osteuropäischen NATO-Staaten nicht damit rechnen könne, dass der Konflikt lokal begrenzt bleibt. Es gibt freilich über Phantasien baltischer und polnischer Politiker hinaus keine Hinweise darauf, dass Russland solche Angriffe plant. Denn auch wenn das Baltikum theoretisch leicht zu erobern wäre – es gegen eine feindlich gesinn-

te Bevölkerung zu halten wäre, von den internationalen Konsequenzen abgesehen, ungleich schwerer und brächte strategisch nicht viel. Zudem würde ein solcher Schritt vermutlich Schweden und Finnland endgültig in die NATO treiben. Tatsächlich sind weniger die vier zusätzlichen Bataillone eine Bedrohung für Russland als das »Raketenabwehrsystem«, das die USA in Polen und Rumänien stationieren. Die rumänische Basis ist vor einigen Wochen in Betrieb gegangen, die in Polen soll 2018 fertig sein. Moskau befürchtet, dass die »Abwehrraketen« dazu dienen sollen, durch die Neutralisierung des russischen Zweitschlagpotentials die USA erstschlagfähig zu machen. Außerdem könnten von den »Raketenabwehrbasen« mit geringen technischen Modifikationen Marschflugkörper vom Typ »Tomahawk« abgefeuert werden – typische Angriffswaffen,

die wahlweise konventionell oder atomar zu bestücken sind.

Unwahrscheinlich ist dagegen, dass der als Gast nach Warschau geladene ukrainische Präsident Petro Poroschenko mit Zusagen auf eine baldige NATO-Mitgliedschaft seines Landes nach Hause fahren kann. Der frühere polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski hatte Kiew vor einigen Tagen aufgefordert, sich diese Hoffnung aus dem Kopf zu schlagen. Auch von deutscher Seite gab es hörbare Skepsis. Absehbar ist dagegen, dass die USA ihre bilaterale militärische Zusammenarbeit mit der Ukraine und Georgien ausbauen. Unmittelbar vor dem NATO-Gipfel war US-Außenminister John Kerry in Tbilissi und Kiew. Georgien versprach er Militärhilfe, die Ukraine hat schon moderne Artillerie-Feuerleitsysteme aus den USA erhalten. In beiden Ländern trainieren US-Spezialeinheiten ständig einheimische Truppen.

■ Asymmetrisch antworten. Wie Russland auf die NATO-Aufrüstung reagiert

Allein die USA geben siebenmal soviel für ihr Militär aus wie Russland. Insofern sind NATO-Mitteilungen, dass Russland seine Militärausgaben seit 2000 verdreifacht habe, das übliche und leicht zu durchschauende Verwirrspiel zur Täuschung der Öffentlichkeit. Moskau ist sich über das Missverhältnis der Ressourcen im klaren. Der Kreml verdächtigt die NATO, Russland in einen Rüstungswettlauf wie jenen hineinziehen zu wollen, der das Land in den 1980er Jahren ruiniert hat. Und die Antwort der russischen Führung lautet, seitdem das Land überhaupt wieder an den Wiederaufbau seiner Streitkräfte denken kann: asymmetrisch reagieren.

Das erste Element der russischen Strategie ist eine Senkung der atomaren Schwelle. Russland hat in seiner Militärdoktrin offen erklärt, dass es sich eine nukleare Antwort auch auf einen konventionellen Angriff vorbehält. Das zweite Element ist die Ablehnung, einen potentiellen Krieg regional zu beschränken. 1961

hatten John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow auf ihrem Wiener Gipfel ein »Gentlemen's agreement« mit dem makabren Inhalt getroffen, einen eventuellen Krieg nicht auf die jeweiligen Heimatländer des Gegners auszudehnen, sondern ihn in Afrika, Asien oder Europa auszufechten. Diese Kalkulation hat auf russischer Seite keine Grundlage mehr, nachdem die Sowjetunion nicht nur selbst zerfallen ist, sondern auch ihr strategisches Vorfeld in Osteuropa verloren hat.

Bei den strategischen und taktischen Raketenwaffen wird eine neue Generation von Trägersystemen eingeführt. Waffen wie die Kurzstreckenrakete »Iskander« oder das Interkontinentalsystem »Sarmat« sind noch im Flug manövrierbar und dafür optimiert, westliche Abwehrsysteme zu täuschen und zu umgehen. Ihre Treffergenauigkeit ist mit um die zehn Meter sehr hoch. Rund um die Silos der »Sarmat« werden Raketenabwehrkanonen stationiert, die nach dem Prinzip der Schrotflinte – Tausende von hochenergetischen Geschos-

sen – arbeiten und von denen sich die russischen Planer erhoffen, dass sie angreifende Raketen noch im Flug treffen und vernichten.

Trotzdem neigt Russland nicht zum nuklearen Hasardspiel. Die konventionellen Streitkräfte sind in den letzten Jahren zwar verkleinert, aber gleichzeitig modernisiert worden. Die Leistungen russischer Spezialeinheiten bei der Übernahme der Krim haben im Westen widerwilligen Respekt ausgelöst. Angesichts der Eskalation in Osteuropa hat Russland zudem wieder eine »Erste Gardepanzerarmee« formiert, die im Westlichen Militärbezirk stationiert wird. Ihr sind bereits bestehende Elitedivisionen unterstellt, die stark mit Panzern und Artillerie ausgerüstet sind. Die Armee wird bevorzugt mit den neuen Panzern des Typs »T-14« ausgestattet, die auf der Parade zum Tag des Sieges 2015 erstmals öffentlich gezeigt wurden und nach dem Urteil auch westlicher Experten den gängigen Modellen der NATO überlegen sind. Russland hat auch seine Fähigkeiten zur elek-

tronischen Kampfführung verbessert; als 2015 ein US-Zerstörer der Krim zu nahe kam, fiel »plötzlich« seine gesamte Bordelektronik aus, und dem Kapitän blieb nichts übrig, als abzudrehen.

Als dezente Warnung an die Adresse der USA muss auch eine vermeintliche Medienpanne aus dem November 2015 interpretiert werden. Da blieb eine russische Fernsehkamera lange auf dem bei einer Präsentation gezeigten Schema eines Atomtorpedos hängen – lange genug, damit die andere Seite einen Screenshot anfertigen und den Text entziffern konnte. Die Waffe soll in der Lage sein, vor den Küsten der USA durch eine Atomexplosion unter Wasser Flutwellen auszulösen, die von New York oder Los Angeles – abgesehen von der Strahlung – wenig übriglassen würden. Der »Witz« an dieser Indiskretion war weniger die Drohung, diese Waffe wirklich zu bauen, als die Mitteilung: Glaubt nicht, ihr würdet ungeschoren davonkommen.

Reinhard Lauterbach

■ Hintergrund Versprochen oder nicht?

In der Sicherheitspolitik ist es ein ehernes Gesetz, nicht Absichten zu beurteilen, sondern Fähigkeiten. Demnach ist die »NATO-Russland-Grundakte« vom 21. Mai 1997 eine Absichtserklärung der westlichen Allianz, nicht nach bestimmten Fähigkeiten zu streben.

Entsprechend windig und dehnbar sind die Bestimmungen, auf die sich Moskau in der Vereinbarung eingelassen hat. Die NATO erklärte seinerzeit, dass sie »nicht die Absicht, keine Pläne und auch keinen Anlass (habe), nukleare Waffen im Hoheitsgebiet neuer Mitglieder zu stationieren«. Dies alles kann sich ändern – zumal die Bestimmung angesichts der vergleichsweise kurzen Entfernungen in Osteuropa in der Praxis wenig bedeutet. Was die konventionelle Rüstung angeht, blieben die Vertragsparteien noch nebulöser: »Die Mitgliedstaaten der NATO und Russland bekräftigen, dass die Vertragsstaaten einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen nur diejenigen militärischen Kapazitäten aufrechterhalten sollten, die mit individuellen oder kollektiven legitimen Sicherheitsbedürfnissen (...) vereinbar sind.« Mit anderen Worten: Was wir wollen, machen wir. Die Zusage, nicht »zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft« zu stationieren, ist hinsichtlich jedes Wortes interpretationsfähig. Genau diese Rabulistik betreibt die NATO derzeit: Sind vier Bataillone »substantiell«, ist eine ständige, aber rotierende Präsenz »dauerhaft«, sind Bundeswehreinheiten in Litauen »zusätzlich«, wenn sie vorher schon in Deutschland existiert haben?

Als Geschäftsgrundlage bereits vorausgesetzt war bei der NATO-Russland-Grundakte die Absicht des Westens, osteuropäische Staaten in die NATO aufzunehmen. Aber »durften die das« überhaupt? Einen schriftlichen Verzicht auf die Osterweiterung hat sich die NATO in der Phase des Zusammenbruchs der Sowjetunion nie abringen lassen. Die Rede ist stets nur von mündlichen Zusagen, die US-Außenminister James Baker der sowjetischen Seite im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Anschlusses der DDR an die BRD Anfang 1990 gegeben haben soll. Damals war es darum gegangen, die ganze erweiterte BRD in die NATO aufzunehmen. Von Polen und den baltischen Staaten redete damals niemand: Noch bestand der Warschauer Pakt, und das Baltikum gehörte noch zur Sowjetunion. Auch die sowjetische Seite hatte die Entwicklung, wie sie dann kam, erkennbar nicht auf dem Schirm, weil sie keine Vorsorge dagegen traf. Später ist Russland dann nicht mehr gefragt worden. Baker bekannte später in seinen Memoiren offenerherzig: »Wir haben die Russen mit schönen Worten und ein paar Krediten aus Osteuropa hinausgekauft.«

(tl)

■ Im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in Berlin (RHWK) fand am 15. Juni das Kolloquium »Vor 75 Jahren. Der Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion – Beginn des Großen Vaterländischen Krieges der Völker der UdSSR – Sachverhalte – Wertungen« statt. Der Historiker Manfred Weißbecker hielt dort einen Vortrag unter dem Titel »Russophobie in der ideologischen Kriegsvorbereitung der deutschen Faschisten«. *junge Welt* dokumentiert den Beitrag in gekürzter und redaktionell bearbeiteter Form.

(jW)

Russophobie als ideologische Waffe

Gedanken anlässlich des deutschen Überfalls auf die UdSSR vor 75 Jahren.

Von Manfred Weißbecker

Viele Historiker haben unwiderlegbar nachgewiesen, dass dem vor 75 Jahren entfesselten Krieg gegen die UdSSR verschiedene Pläne zugrunde lagen. Diese bezweckten die Gewinnung von »Lebensraum«, die Vorherrschaft des deutschen Faschismus auf dem europäischen Kontinent und eine deutsche Weltmachtstellung. In Russland sollte die »jüdisch-bolschewistische Führungsschicht«, sollten die Juden und ein großer Teil der slawischen Bevölkerung ermordet werden. An dieser Stelle soll im Rückblick auf die Vorgeschichte des 22. Juni 1941, auch auf die Rolle ideologischer Faktoren eingegangen werden. Diese ist bislang wenig berücksichtigt, geschweige denn umfassend erörtert worden. Ich wage zu behaupten: Ohne eine Analyse solcher Aspekte lassen sich wesentliche Abläufe in der Vorbereitung auf den Krieg kaum erklären. Ohne sie kann es außerdem auch in der Gegenwart nicht gelingen, bereits in Gang gesetzte militärischen Abenteuer zu verhindern.

Zumindest größere Teile der Bevölkerung müssen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, seit proklamierter Volkssouveränität und praktiziertem Parlamentarismus – wie es so unschön im Politsprech heißt – »mitgenommen« werden, um herrschen, Kriege vorbereiten und führen zu können. Massen in einem solchen Sinne zu beeinflussen, das gelang bekanntlich immer und immer wieder. Nicht zuletzt mit Hilfe der Medien, die sowohl Stimmungen erzeugen als ihnen auch entsprechen, die indessen oft genug als eine massenpsychologisch wirksame »Kriegswaffe« dienten und es noch immer tun. Wie sagte schon Heinrich Heine: »Die Macht der Großen existiert zuvörderst in den Köpfen der Kleinen.«

Konstruierte Feindbilder

Um Menschen »mitnehmen«, um dumpfe Massenloyalität schaffen zu können, wird seit jeher ein enormer ideologischer und politischer Aufwand betrieben. Dazu gehört insbesondere die Konstruktion von Feindbildern, die den »Guten« die »Bösen« gegenüberstellen, die Menschen anderer Art und Lebensweise diskreditieren, ja sogar dämonisieren. Gern werden dafür sogenannte anthropologische Gesetzmäßigkeiten bemüht.

So verkündete Heinrich Himmler am 12. November 1935, der Kampf zwischen Menschen und »Untermenschen« sei eine »geschichtliche Regel«. In einer auch vor 80 Jahren herausgegebenen Schrift des SS-Hauptamtes beim Reichsführer SS hieß es erläuternd: »Der Untermensch – jene biologisch scheinbar völlig gleichgeartete Naturschöpfung mit Händen, Füßen und einer Art von Gehirn, mit Augen und Mund, ist doch eine ganz andere, eine furchtbare Kreatur, ist nur ein Wurf zum Menschen hin, mit menschenähnlichen Gesichtszügen – geistig, seelisch jedoch tieferstehend als jedes Tier. Im Inneren dieses Menschen ein grausames Chaos wilder, hemmungsloser Leidenschaften: namenloser Zerstörungswille, primitivste Begierde, unverhüllteste Gemeinheit. Untermensch – sonst nichts!«

In diesem schrecklichen Nationalismus und Rassismus wurde auch Russophobie überdeutlich. Diese betrachte ich als eine Erscheinungsform von allgemeiner Fremdenfeindlichkeit. Der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer definiert sie als ablehnende, ausgrenzende oder feindliche Haltung gegenüber Personen oder Gruppen, die als andersartig gesehen werden.

Ursachen für den Überfall der deutschen

Wehrmacht auf die Sowjetunion zu beleuchten, verlangt also auch Generelles zu erörtern und von der Tatsache auszugehen, dass es Xenophobie schon lange in der deutschen Geschichte gegeben hat – in unterschiedlicher Ausformung und wechselnder Intensität. Sie bot stets ein bis zu offener Feindschaft und Gewaltbereitschaft reichendes und völlig negatives Bild von

gistische Argumentation und sozialpsychologisch-nationalistische Erklärungsmuster überlagern sich oft auch mit religiösen, vor allem christlichen Motiven. Und sie kommt ebenso in antikommunistischer bzw. einer sogenannten antitotalitären Gestalt daher. Bekanntlich trat aber an die Stelle der primär antikommunistisch geprägten Russophobie nach dem Zu-

paart mit einem nahezu liebevollen Hinweis auf das »Mütterchen Russland« und die »russische Seele«, das aber andererseits ebenso für x-beliebige Bedrohungsszenarien Angst und Furcht vor dem zähnefletschenden Untier zu bewirken vermag. Bekannt ist ebenso das »Rätsel Russland«, ferner die auf asiatische Gefahren verweisende und im Grunde bereits rassistische Redewendung, dass, wenn man am Russen kratze, ein Tatar zu finden sei. Ähnliches kann auch von den häufig verwendeten, Herablassung ausdrückenden Bildern »barbarisches Russland« oder »Koloss auf tönernen Füßen« bzw. von den abwertenden Adjektiven »blindgläubig«, »primitiv«, »faul«, »schmutzig«, »verschlagen« und »trunksüchtig« gesagt werden. Alles in allem: Es waren fatale Wirkungen, die sowohl sogenannten Dritten Reich als auch in der BRD ausgelöst wurden und werden, wenn von »den Russen«, die da »kommen« würden, die Rede war bzw. ist.

Der Weg zum Krieg

Welche Rolle die Russophobie für den Weg zum Krieg gegen die UdSSR gespielt hat, sei hier in der gebotenen Kürze in drei thesenartig formulierten Punkten angedeutet sowie durch einige Bemerkungen zu ihrem Wirken im Krieg ergänzt.

Eine erste These: Eine durchaus faschistisch zu nennende Russophobie ist nicht erst seit 1933, auch nicht erst seit der Gründung der NSDAP im Jahre 1920 festzustellen. Bekanntlich vollzog sich bereits am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine rigorose Abkehr von Idealen der Verständigung und Zusammenarbeit mit Russland. Sie machte die lange Tradition des regen Austausches und Miteinanders auf kultureller und wissenschaftlicher Ebene vergessen, drängte diese in den Hintergrund und verbannte sie aus dem »Zeitgeist«. Alles fiel im damaligen Deutschen Reich imperialistischen Bestrebungen und den Bemühungen kriegswilliger Eliten zum Opfer. Der angestrebte »Platz an der Sonne« ließ sich nur auf Kosten anderer erreichen, und der Spruch vom »deutschen Wesen«, an dem die Welt genesen solle, ließ einen völkischen, d. h. einen sich terroristisch und rassistisch gebärdenden Nationalismus erkennen, gerichtet insbesondere gegen Osten.

Für die damalige Wende sei ein kleines, jedoch symbolträchtiges Beispiel benannt: Im ersten Jahr des Weltkrieges schuf ein deutscher Künstler eine Medaille, die den nackten Hindenburg mit erhobenem Schwert stehend über dem darniederliegenden »russischen Bären« zeigt. Damit sah sich der Sieger in der Schlacht von Tannenberg (einer Schlacht des Ersten Weltkrieges zwischen deutschen und russischen Truppen, die südlich von Allenstein in Ostpreußen stattfand und vom 26. August bis 30. August 1914 dauerte, jW) als »Befreier Ostpreußens« glorifiziert. Die Art der Darstellung ließ indessen auch den Willen zur Vernichtung Russlands, aber auch der anderen Konkurrenten erkennen. Auf millionenfach verbreiteten Ansichtskarten und Plakaten hieß es: »Jeder Tritt ein Britt«, »Jeder Stoß ein Franzos«, und »Jeder Schuss ein Russ«.

Lange also vor Hitlers Einzug in die Politik ist eine sich faschisierende Russophobie erkennbar. Als sich 1917/18 Gelegenheit bot, in Brest-Litowsk dem besiegten und revolutionserschütterten Russland einen Frieden zu diktie-



Kontinuität der antisowjetischen Angstmasche: Ein CDU-Wahlplakat von 1953 bedient sich der Ästhetik der Nazipropaganda

Gruppen, denen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Dabei unterstellten russophobe Grundstimmungen den Russen, eigentlich allen Slawen, einen naturgegebenen, also unveränderbaren Charakter. Nationale Eigenheiten erscheinen vorrangig als genetisch bedingt. Alles Russische, so wird auch heute noch behauptet, entstamme vor allem byzantinischer Orthodoxie und tatarischem Despotismus. Es verkörpere »barbarisches« Asiatentum. Zudem sei es eine generelle Bereitschaft zu tyrannischen Herrschaftsformen auf und führe kontinuierlich zu aggressiven Expansionsgelüsten, gerichtet gegen ein Europa, dem Russland nicht zugehöre.

Russophobie tritt indessen nicht allein in ethnischem Gewande auf. Rassistisch-biolo-

gischen Argumentation und sozialpsychologisch-nationalistische Erklärungsmuster überlagern sich oft auch mit religiösen, vor allem christlichen Motiven. Und sie kommt ebenso in antikommunistischer bzw. einer sogenannten antitotalitären Gestalt daher. Bekanntlich trat aber an die Stelle der primär antikommunistisch geprägten Russophobie nach dem Zu-

sammenbruch der UdSSR wieder das allgemeinere Feindbild Russland. Natürlich gehört zur Geschichte deutscher Russlandbilder – darauf ist hier ausdrücklich und nicht nur nebenbei zu verweisen – ebenso Gegenteiliges, was mit dem oftmals verwendeten Begriff Russophilie möglicherweise unzureichend benannt wird. Zwischen beiden gab es stets ein Hin und Her, wobei die eigenen Interessen im Vordergrund standen, auch wenn diese als Reaktion auf vermeintliche oder reale Aktionen russischer Politik dargestellt wurden. Die Ambivalenz spiegelt sich selbst in häufig gebrauchten Schlagworten wider, die oft genug zugleich Schlachtrufe waren. Wer kennt nicht das Bild vom »russischen Bären«, in dem sich einerseits Anerkennung von kraftvoller Stärke

ren, machten sich unter deutschen Militärs und Politikern außerordentlich expansionistische und zugleich menschenfeindliche Herrschaftsgelüste breit. General Erich Ludendorffs Pläne für ein Friedensdiktat von 1917 umfassten sogar weit mehr als das schließlich in Brest Erreichte und zielten – vor Hitler also – auf ein deutsches Ostreich. Wäre sein Forderungskatalog durchsetzbar gewesen, hätte dies nach dem Urteil des Ludendorff-Biographen Manfred Nibelin nichts anderes »als die Errichtung der deutschen Herrschaft über Osteuropa« bedeutet.

Die Berliner Ostpolitik jener Zeit offenbarte zudem noch anderes: Zum einen wurde die sowjetrussische Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen mit der These unterlaufen, es sei kein Landraub, würden sich russische Gebiete doch »freiwillig« Europa anschließen; Verzeihung – Europa heißt es ja heute, damals war nur von einem Anschluss an das Deutsche Reich die Rede. Ob aus eigenem Antrieb oder unter Zwang – für das Verhalten in den besetzten Ostgebieten gegenüber der Bevölkerung, insbesondere gegenüber den Juden, spielte dieser vermeintliche Unterschied übrigens keine Rolle. Was von deutschen Truppen in den damals als »Ober-Ost« bezeichneten Gebieten praktiziert worden ist – angestachelt auch durch antisemitische Äußerungen des Kaisers – gilt in vieler Hinsicht als ein »Vorspiel zum Holocaust«.

Ebenso entlarvend klang jene Begründung, mit der 1917 Hindenburg die faktischen Annexionen rechtfertigte: Sie seien notwendig, um »für den nächsten Krieg gegen Russland den Raum für die Bewegung des linken deutschen Flügels« sichern zu können. In solcher Russophobie steckte mehr als das eigene Überlegenheitsgefühl, eher ein expansionistischer Sieges- und Herrschaftswille, auf jeden Fall der, sich die Ressourcen fremder Gebiete nutzbar zu machen, koste es, was es wolle. Begleitet wurde der »Drang nach Osten« von einer weit verbreiteten Vorstellung von einem immerwährenden feindlichen Gegensatz zwischen Slawen und Germanen sowie von einem »unvermeidlichen Endkampf« zwischen ihnen, den 1912 auch Wilhelm II. als »Rassenkampf« prophezeit hatte.

Expansionsstreben der Konzerne

Meine zweite These besagt: Russophobie ba-sierte letztlich auf den Konzepten einer »Ostexpansion« deutscher Großkonzerne, deren Größenwahn bereits zu Beginn des 20. Jahr-hunderts nach dem Urteil des Historikers Kar-sten Heinz Schönbach selbst das spätere Hit-lerregime habe kaum noch übertreffen können. Selbst dessen Antisemitismus gab es bereits im politischen Bewusstsein großer Unternehmer. Ohne das russophobe Denken früher völki-scher und konservativer Theoretiker ist auch Hitlers Russlandpolitik undenkbar. Insbeson-dere lässt sich das angedeutete Russlandbild preußisch-deutscher Militärs nicht anders denn als präfaschistisch, terroristisch und bar-barisch-rassistisch charakterisieren. Aus takti-schen Gründen aber bezeichnete die NSDAP in den ersten Jahren ihrer Existenz den Vertrag von Brest-Litowsk als »vorbildlich«. Solche Argumentation entsprang der Auffassung, man müsse hauptsächlich gegen das Versailler Dik-tat der Westmächte vorgehen. Daher konnten sich in der NSDAP kurzzeitig sogar sogenannte nationalbolschewistische Stimmungen Gehör verschaffen.

Es könne nicht oft genug betont werden, so tönte Joseph Goebbels Anfang 1926, dass »uns noch viel weniger mit dem westlichen Kapitalismus verbindet als mit dem östlichen Bolsche-wismus«. Russland sei »der uns von der Natur gegebene Bundesgenosse gegen die teuflische Versuchung und Korruption des Westens«. Gre-gor Strasser, bis 1932 Vorstandsmitglied der NSDAP und Wortführer des sich als antikapita-listisch gerierenden Flügels der Partei, hatte da schon eine Debatte zum Thema »Russland und wir« eröffnet und für eine prorussische Ein-stellung seiner Partei die Parole ausgegeben: »Das deutsche Mitteleuropa – im Kampf gegen den Westen, mit vorläufiger Unterstützung des Ostens!« Aber, man beachte: vorläufig. Und es ging keineswegs nur um Mitteleuropa – denn so Goebbels im Originalton: »Ich bin Deut-

scher! Ich will, dass Deutschland die Welt ist.« Wohlgemerkt, das wurde Mitte der 20er Jahre formuliert.

Es war gerade das deutsche Groß- bezie-hungsweise Weltmachtdenken, das wesentlich zur Entfesselung des Ersten Weltkrieges bei-getragen hat und auch nach der Niederlage bei großen Teilen wirtschaftlicher, politischer sowie geistiger Eliten dominierte. Es wirk-te wegbereitend für die Nazis und bei diesen zu der Symbiose von »Lebensraum«-Gewin-nungszielen und einer regelrechten Verteuflung Russlands. Das Bild des Landes, mit dessen Hilfe Hitler in dem langen Kapitel »Ostorien-tierung oder Ostpolitik« seines Buches »Mein Kampf« die Eroberung von russischem Terrain im Osten rechtfertigte, ging von vorhandenen russophoben Vorstellungen aus. Diesen ordne-ten sich politische und ideologische Sichtwei-sen zu, wenn nicht gar unter. Das von Hitler bereits in »Mein Kampf« sowie am 3. Febru-ar 1933 vor deutschen Generälen formulierte Ziel der Kolonialisierung Russlands durch die Deutschen prägte schließlich nahezu alle Rus-landbilder des deutschen Faschismus – unab-hängig von allem taktierenden und zeitweise friedensdemagogischen Verhalten gegenüber

den berüchtigten »Generalplan Ost« im Auge gehabt zu haben, entfaltete sich seit Mitte der 20er Jahre das feindselige, rassistisch-militant und antibolschewistisch geprägte Russlandbild der Nazis als ein konstitutiver Bestandteil ihres künftigen Eroberungs- und Vernichtungskurses. Ihr antibolschewistischer Propagandakrieg der 1930er Jahre verknüpfte sich dann eng mit einer auf den angeblichen Volkscharakter bezogenen pejorativen Argumentation. Da wurde von ei-ner »rassisch-völkischen Bedingtheit der bol-schewistischen Revolution« geredet. Da wurde behauptet, in Russland sei eine Vermischung von »nordisch bestimmte(m) Charakter« und »mongolisch-asiatischen Instinkten« vor sich gegangen, wodurch das Wesen des Russentums geprägt worden sei. Da hieß es, im Laufe der Zeit habe sich eine »Bastardisierung« der an-geblich charakterschwach gewordenen Russen vollzogen. Und immer wieder tauchte auch das »Argument« auf, die Russen seien dank ihres »Zerstörerinstinkts« nicht zu staatenbildender Kraft in der Lage gewesen. Sie hätten also, um bedeutsam zu werden, einer Vorherrschaft von Normannen und Deutschen bedurft.

So absonderlich und abstrus diese antibol-schewistische Propaganda auch gewesen sein

Augenblick von untergeordneter Bedeutung«, man sei in der Not und fresse »des Teufels Flie-gen«. Rosenbergs Beamte mahnten im Novem-ber 1939, es sei nicht nötig, antibolschewistische Literatur »voreilig aus dem Buchhandel zurück-zuziehen oder sie sogar einstampfen zu lassen«. Die Arroganz ließ allerdings selbst in der Zeit der unmittelbaren Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR nicht einmal ansatzweise ein rea-litätsnahes Russlandbild zu. Forderungen nach »zuverlässiger« Berichterstattung wurden nach wie vor abgeblockt. Das, was im sogenannten Dritten Reich als »Sowjetforschung« betrieben wurde, verbaute der Naziführung selbst jeden einigermaßen realistischen Blick auf Russland. Manches sollte sich bekanntlich rächen. Hass macht eben blind!

Abschließend ist zu sagen, dass die Rus-landbilder der Nazis zu einem Abschnitt der deutschen Geschichte gehören, der mit der Befreiung der Völker vom Joch faschistischer Herrschaft und Kriegführung endete, dass die Niederlage der Aggressoren zwar total geriet, doch eine vollständige Überwindung der hier behandelten Denkschemata bis heute noch nicht erfolgt zu sein scheint. Hasserfülltes und Verdammendes, auf jeden Fall Einseitiges lässt sich wieder vernehmen, Tag für Tag.

Manches hat sich zwar im Laufe der Zeiten geändert, abgemildert und – wie einige meinen – sogar kultiviert, doch generell ist immer zu be-rücksichtigen, dass das, was einmal in der Welt war, weiter existiert und wirkt, oft unterschwel-lig oder heuchlerisch überdeckt. Es lässt sich auch relativ leicht abermals zu Tage fördern. Die sogenannte Qualitätspresse und vermeintliche »Alphajournalisten« spielen dabei eine wesent-liche, kaum zu unterschätzende Rolle. Natürlich nicht allein sie: Medien machen Stimmungen, aber sie treffen auch auf solche. Meinungen wer-den gefordert, doch sie spiegeln auch vorhan-denes Verlangen. Massenmedien ermöglichen indessen kollektive Ängste, lassen aus Angst vor Fremden Fremdenfeindlichkeit erwachsen und mobilisieren animalische Denk- und Verhaltens-weisen. Schließlich kann selbst eine nur latent vorhandene Russophobie Wegbereiter sein für eine Außenpolitik, die manche Kritiker bereits als einen faktisch geführten »Krieg gegen Rus-sland« bezeichnen. Der wieder entfachte Kalte Krieg wird durch militärische Manöver unmit-telbar vor russischen Grenzen noch verstärkt. Man mag sich nicht ausmalen, wie so einer weltweiten Katastrophe Tür und Tor geöffnet werden könnten.

Nichts hebt daher die politisch-moralische Pflicht auf zu prüfen, ob und, wenn ja, wie sich Grundkonstanten russophober Auffassungen in heutiger Zeit äußern, in welchen Varianten und Verschleierungen und wo auch immer. Und es sei als eine Erfahrung, gewonnen in jüngster Zeit, formuliert, dass Debatten dringend not-wendig sind über das angeblich höchste Gut der Meinungsfreiheit, dessen offizielle, ja sogar höchstrichterliche Deutung alles zu erlauben und zu dulden scheint, was erwiesenermaßen selbst Kriegsvorbereitung und Kriege ermög-licht hat. Ich meine, es sollten endlich strikte Grenzen gesetzt werden für die Verbreitung rassistischer Behauptungen und fremdenfeind-licher Klischees. Zumindest sollte mit dem Blick zurück eindringlich vor jeder Verwen-dung tradierter Stereotype und realitätsferner Bilder gewarnt werden.

Jede vernünftige politische Bildungsarbeit, verlangt auch von Historikern, würde ich sogar hauptsächlich daran messen wollen, wie sie die kritische Auseinandersetzung mit diesen be-treibt und wie sie hilft, Wege zu einer konstruk-tiven und hoffentlich auch erfolgreichen Frie-dens- und Sicherheitspolitik zu finden. Denn deren Ziele können nicht ohne oder gar gegen Russland erreicht werden, nicht konfrontativ, sondern nur kooperativ und partnerschaftlich.

■ Manfred Weißbecker schrieb an dieser Stelle zuletzt am 20.6.2016 über den Volksentscheid für eine entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten am 20. Juni 1926.

■ Lesen Sie morgen auf den/jw-Themaseiten:

Geschichtsrevisionismus in Osteuropa

Von Jörg Kronauer



Entmenslichung und Dämonisierung: Ein Propagandaplakat aus dem Jahr 1919 stellt sowjetische Kommunisten als blutdürstige Monster dar

der als »jüdisch-bolschewistisch« charakteri-sierten Sowjetunion.

Eroberung und Vernichtung

Meine dritte These: ideologisch grundierte Phobien gehen generell Hand in Hand mit poli-tischem Aktionismus. Sie verlangen gleichsam kategorisch gewaltsames Handeln. Geforderte Abwehrreflexe paaren sich mit angebotenen Lösungswegen, die angeblich zu Erfolgen füh-ren, würde man nur aktiv und konsequent genug handeln. So sprach Alfred Rosenberg, Chef-ideologe der Nazis, schon früh von Russland als einer Apfelsine, die zu verspeisen gelänge, würde sie in einzelne Teile zerlegt.

Ohne bereits den »Plan Barbarossa« oder

mag, ihre Inhalte drangen tief in die Köpfe der meisten Deutschen ein. Kritisches Nachfragen wurde rigoros unterbunden. Den Nazis gelang es, ihre von nationalistisch-rassistischer Selbstüber-hebung und verbrecherischer Aggressivität ge-kennzeichneten Feindbilder massenwirksam zu machen. Sie verstärkten und vertieften damit die in den Köpfen bereits vorhandene Russophobie. Da störten schließlich auch jene Verwirrungen und Dissonanzen nicht, die es in Deutschland rund zwei Jahre nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August 1939 gab. Von einem Tag zum anderen brach für Mitglieder und Anhänger der NSDAP zwar ein Weltbild zusammen, doch es wurde nicht durch ein anderes ersetzt. Goebbels notierte in sein Tagebuch, die Frage des Bolschewismus sei »im